

# „Selbstvernichtung perfektionieren“

Am 7. März 1989 um 3.25 Uhr

wird es ruhig im NATO-Äther.

Auf einigen Funkfrequenzen

herrscht schlagartig Totenstille.

Die ostdeutschen Abhörstationen schlagen Alarm, denn drüben, im Westen, läuft die Kommandostabsübung „Wintex/Cimex“. Irgendwas stimmt da nicht.

Fast 24 Stunden hält die Funkstille an, inzwischen auf mehrere Wellenbereiche ausgeweitet. Um 3.20 Uhr am 8. März wird dann das Signal „wintex/cimex portion“ aus dem US-Kommando in Stuttgart-Vaihingen losgeschickt. Es ist der Befehl zum atomaren Zweitschlag der NATO gegen die Ostblockstaaten, mit denen man übungshalber seit einer Woche Krieg führt.

Der nukleare Paukenschlag soll Klarheit schaffen. Und schickt Europa ins Nirwana. Den deutschen Übungsteilnehmern im Regierungsbunker um ihren „Bundeskanzler üb.“ Waldemar Schreckenberger ist klar: Dann gibt es nichts mehr zu Regieren oder zu Organisieren. Diesem Endzeitszenario wird mit einer verblüffenden Lösung begegnet: noch vor dem großen Atomfinale steigt die Bundesrepublik aus dem Verfahren aus. Ein Eklat. Denn damit entziehen die Bonner dem westlichen Verteidigungsbündnis weite Teile des Kriegshauptschauplatzes. Zumal Frankreich erst gar nicht an den NATO-Planspielen teilnimmt. So fehlt halb Westeuropa als Schlachtfeld.

Zwischen Militärs und Politikern knirscht es seitdem, spricht man Teilnehmer auf diese letzte Übung des Kalten Krieges an.

Dabei geht es weniger um den Sinn solcher Ernstfallsimulationen. Streitpunkt sind die Inhalte. „Einem Szenario, welches das „Durchspielen“ eines Atomkrieges in Deutschland durch Deutsche und damit die Einübung der Selbstvernichtung vorsah, konnte und kann ich keine Sinnhaftigkeit beimessen“, positioniert sich Meinhard Ade deutlich. Als „Bundespräsident üb.“ verkündete er im Rahmen dieser Übungen 1987 und 1989 den Verteidigungsfall.



„Die einzige Aufgabe, welche das Manöverskript für den „Bundespräsident übungshalber“ vorsah, war die völkerrechtlich verbindliche Verkündung des Verteidigungsfalles nach Art. 115a des Grundgesetzes.“

Bereits einen Tag danach verließ Meinhard Ade das Ahrtal Richtung Bonner Amtssitz. „Irgendwelche Mitteilungen zu bevorstehenden Atomwaffeneinsätzen haben mich bis dahin im Bunker nicht erreicht.“

Zur Einbindung des Staatsoberhauptes in die NATO-Übungen gab es bislang keine Informationen. Und auch die Frage, wer diese Aufgabe innehatte, konnte bisher nur für die erste Bunker-Übung 1966 beantwortet werden. Heinrich Krone, im Bonner Politalltag Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, war damals in den Ahrbergen eine Woche lang „Bundespräsident übungshalber.“

Dass Meinhard Ade, seit 1985 stellvertretender Chef des Bundespräsidialamtes, überhaupt mit dem Bunker und Wintex in Kontakt kam, ergab sich aus Akten der DDR-Auslandsspionage, die erstmals im November 2019 beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU.) ausgewertet wurden. Was die Ansprache des Politikers und Geheimnisträgers (Verschlussachen bis „Streng Geheim“) nicht einfacher machte, der heute in Rheinbach (Nordrhein-Westfalen) lebt. 31 Jahre lang funktionierte die Geheimhaltung um seine Übungsteilnahme und die im Bunker-Präsidialamt durchgespielten Einlagen. Noch nie wurde

Schattenreich  
Regierungsbunker: Was sich im Inneren abspielte, war Geheimsache. Doch Spionagearchive im Osten und Übungsteilnehmer aus dem Westen helfen bei der Aufarbeitung des Innenlebens.

er auf dieses Thema angesprochen. Zumal „es nicht einfach ist, sich aus der Erinnerung gesichert zu Ereignissen zu äußern, die so lange zurückliegen.“

Nach gründlicher, dreimonatiger Einarbeitung in die Materie, liegen nun Antworten vor – offen und kritisch wie auch informativ. Ein Stück Zeitgeschichte, erzählt vom letzten deutschen „Bundespräsident übungshalber“. Das Interview im Wortlaut:

**Welche Erinnerungen haben Sie an den Bunker? Wie sah Ihre Unterbringung aus, die ja in Teilen heute Einrichtung des Museums ist?**

In Erinnerung geblieben sind mir vor allem die Räume, die im Bunker für den Bundespräsidenten vorgesehen waren, und in denen ich mich ganz überwiegend aufhielt. Dies war vor allem das für den Bundespräsidenten vorgesehene, geräumige Besprechungszimmer das als Arbeits- und allgemeiner Aufenthaltsraum für mich zusammen mit den weiteren an der Übung teilnehmenden Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes diente. Dieser Raum war bereits in früheren Jahren mit einer gewissen „Wohnlichkeit“ versehen worden, indem er mit ausgesonderten Möbelstücken aus der Villa Hammerschmidt, dem Amtssitz der Bundespräsidenten in Bonn, ausgestattet worden war. Besonders war die rote Sitzgarnitur, die heute Bestandteil der Ausstellung ist, und die, wie mir gesagt wurde, aus der Amtszeit von Bundespräsident Heinemann stammte. Auf diese Weise hatte der Raum einen Hauch von Salon mit dem Charme der 60er Jahre erhalten, der merkwürdig mit dem Bunkercharakter der Betonwände kontrastierte.

Die Schlafräume enthielten doppelstöckige Metallbetten und Spinde. Ein Raum wurde von mir allein benutzt.

Ansonsten erinnere ich mich an Fahrten mit den elektrischen Scootern, ähnlich Gepäcktransportkarren auf Rollfeldern aber mit Sitzgelegenheiten, die wegen der erheblichen Entfernungen im Bunker für Fahrten zu Besprechungsterminen und wechselseitigen Besuchen mit anderen Übungsteilnehmern und zur Kantine benutzt wurden.

**Haben Sie die gesamte Übungszeit im Bunker verbracht?**

Die Anwesenheit des „Bundespräsident übungshalber“ war nur für die Zeit der krisenhaften Zuspitzung des Übungsverlaufs vorgesehen.

**Haben Sie an wichtigen Besprechungen teilgenommen, auch zur zivil-militärischen Zusammenarbeit? Waren Sie informiert über militärische Operationen, auch den Einsatz von Atomwaffen?**

In meinem Kalender sind für die Zeit meiner Anwesenheit im Bunker zwei Sitzungen der Bundesregierung übungshalber vermerkt. Der Bundespräsident hat das Recht zu Kabinettsitzungen den Chef des Bundespräsidialamtes oder den stellvertretenden Chef des Bundespräsidialamtes als Beobachter zu entsenden. Er selbst nimmt an Kabinettsitzungen nicht teil. Dementsprechend habe ich als „Bundespräsident übungshalber“ mich bei diesen Sitzungen durch den „Chef des Bundespräsidialamtes übungshalber“ realiter den damaligen Referatsleiter „Recht und Justizariat“ vertreten lassen.



**Arbeitszimmer im Bunker-Bundespräsidialamt. Die Gebirgsüberdeckung des Schutzbaus war nirgendwo höher, als über diesem Abschnitt. Vom Eingang (Bauwerk 123; heute Dokumentationsstätte) mit 172 Metern über Null stieg der Kuxberg bis zum Präsidialamt auf 300 Meter an. Damit lag dieses Büro fast 130 Meter tief unter der Erdoberfläche.**

Von einem in Kürze bevorstehenden Einsatz von Atomwaffen wurde mir davon nicht berichtet.

Einmal wurde der „Bundespräsident übungshalber“ in das militärische Lagezentrum eingeladen und erhielt dort Vortrag. Über eine Absicht, bei dieser Übung, wie später zu erfahren war, erstmals bei Wintex einen atomaren Zweitschlag durchzuexerzieren, wurde dabei nicht berichtet. Wäre eine solche Unterrichtung erfolgt, wäre sie mir wegen der Tragweite der Sache sicher im Gedächtnis geblieben.

Unabhängig von offiziellen Unterrichtungen bestanden jedoch auch im Bunker, wie im wirklichen politischen Betrieb, informelle Informationswege. Danach stand im Raum, dass die Übung über den Beginn des Verteidigungsfalles hinaus fortgesetzt werden und wegen der erdrückenden Übermacht der schnell vorrückenden Panzerverbände des Warschauer Paktes der massive Einsatz atomarer Waffen erforderlich werden könnte.

**Völkerrechtliche Erklärungen gibt im Verteidigungsfall ausschließlich der Bundespräsident ab – haben Sie entsprechende Erklärungen übungshalber verkündet?**

Die Verkündung des Verteidigungsfalles erfolgt gemäß Art. 115a Abs. 3 des Grundgesetzes durch den Bundespräsidenten, nachdem dieser zuvor durch den Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates, oder bei deren Verhinderung durch den Gemeinsamen Ausschuss (Notstandsgesetzgeber) auf Antrag der Bundesregierung gemäß Art. 115a

Abs. 1 und 2 GG beschlossen wurde. Die Verkündung erfordert, wie alle Gesetzesverkündungen durch den Bundespräsidenten nach der Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler. In der Praxis wird das vom Gesetzgeber beschlossene Gesetz vom Bundeskanzler gegengezeichnet dem Bundespräsidenten zur Verkündung vorgelegt.

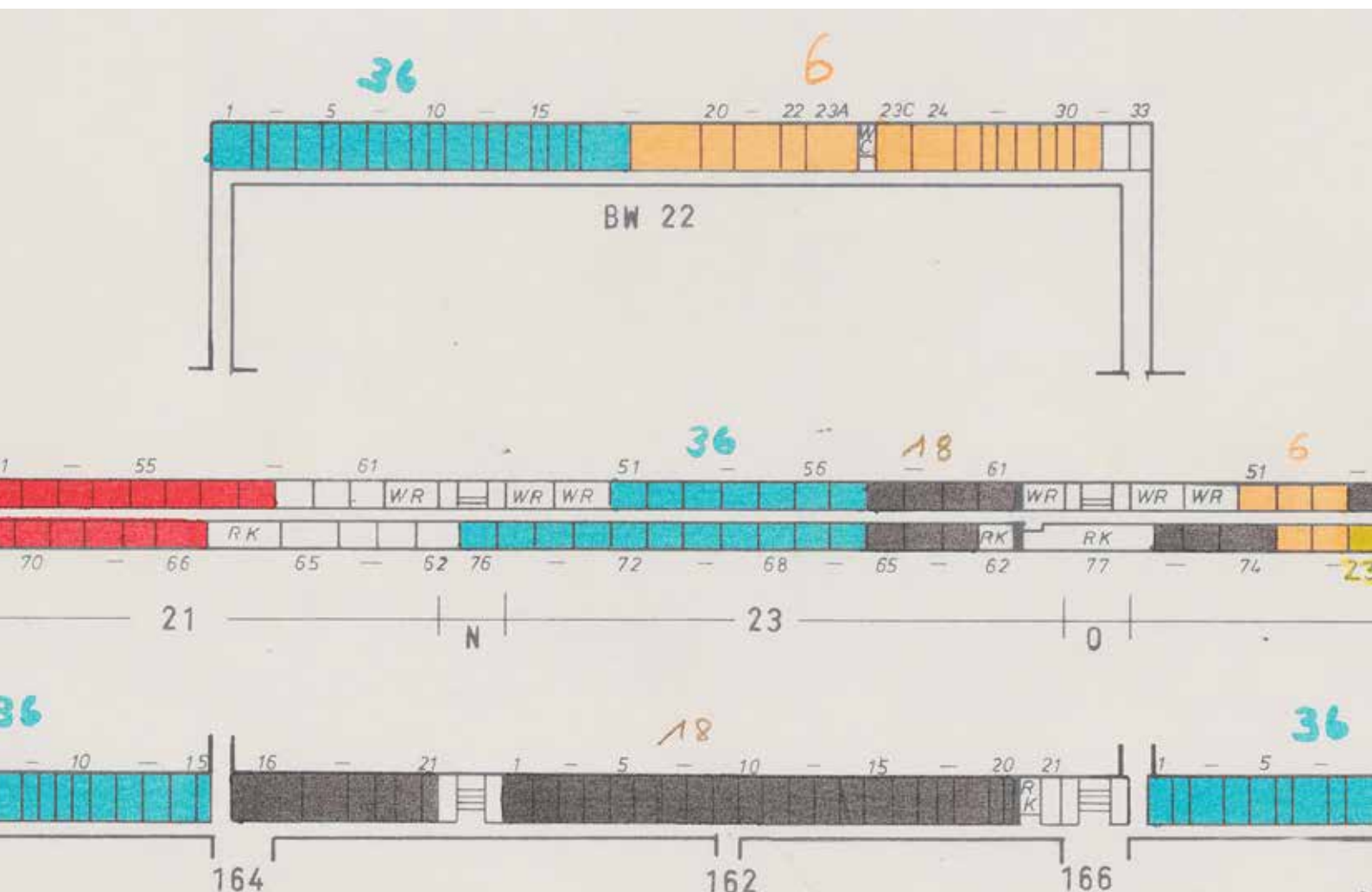
Bei der Übung Wintex 1989 habe ich als „Bundespräsident übungshalber“ den Verteidigungsfall verkündet.

**Welche Gedanken hatten Sie damals ganz persönlich zu Sinn oder Unsinn einer solchen Übung? Welches Resümee ziehen Sie im Rückblick darauf?**

Zu unterscheiden sind meines Erachtens der Bunker als Hauptort der Übung und die Übung selbst.

Der Bunker war dazu bestimmt, im Falle eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland und nach Eintreten des Kriegsfalles die Verfassungsorgane bzw. die von der Notstandsverfassung vorgesehenen Teile der Verfassungsorgane in Sicherheit zu bringen, um sie funktionsfähig zu erhalten.

Die technische Eignung des Bunkers dafür kann ich nicht beurteilen. Ich habe es jedoch für unwahrscheinlich gehalten, dass ein Rückzug wesentlicher Teile von Bundesregierung samt Ministerialapparat und Bundestag wie Bundesrat aus Bonn in den Bunker im Ahrtal gerade in der aufgeheizten Lage einer dramatischen außen- und sicherheitspoliti-



Bunkerübersicht Ost/Ost mit dem Bundespräsidialamt in Bauwerk 22 (Farbgebung schweinechenrosa, Farbcode 6). Insgesamt 21 Zimmer waren für das Amt reserviert (sieben davon im Hauptflur). Für das Staatsoberhaupt waren es die Räume 23a bis c - mit dazwischenliegender Toilette und Badewanne.

schen Zuspitzung ohne Bekanntwerden möglich gewesen wäre. Sichere Folge wäre nach meiner Einschätzung der Verfall der Autorität dieser Verfassungsorgane gewesen, ohne die sie gerade in der existentiellen Krise des Staates handlungsunfähig geworden wären. Ich bezweifle auch, dass die für den Rückzug in den Bunker vorgesehenen Personen geschlossen dazu bereit gewesen wären.

Was davon unabhängig die Übung Wintex selbst betrifft: Sich auf Krisen vorzubereiten, indem das Verhalten in der Ausnahmesituation geübt wird, macht sicher Sinn. Einem Szenario, welches das „Durchspielen“ eines Atomkrieges in Deutschland durch Deutsche und damit die Einübung der Selbstvernichtung vorsah, konnte und kann ich keine Sinnhaftigkeit beimessen.

Hier ist General Altenburg, wie er in der Veröffentlichung 02/2014 unter „ausweichtz.de“ wiedergegeben ist, ausdrücklich zu widersprechen, es habe sich bei Wintex um „eine reine Erprobung von Abläufen und Verfahren“ gehandelt. Wozu werden Abläufe und Verfahren denn geübt, wenn nicht für die Anwendung des Geübten im Ernstfall.

**Wie haben Sie den Regierungsbunker wahrgenommen, der ja technisch wie auch inhaltlich eher ein Relikt der 1960er Jahre war?**

Eben so, als Relikt, als aus der Zeit gefallen.

*(Ende Interview)*

### **zum Hintergrund**

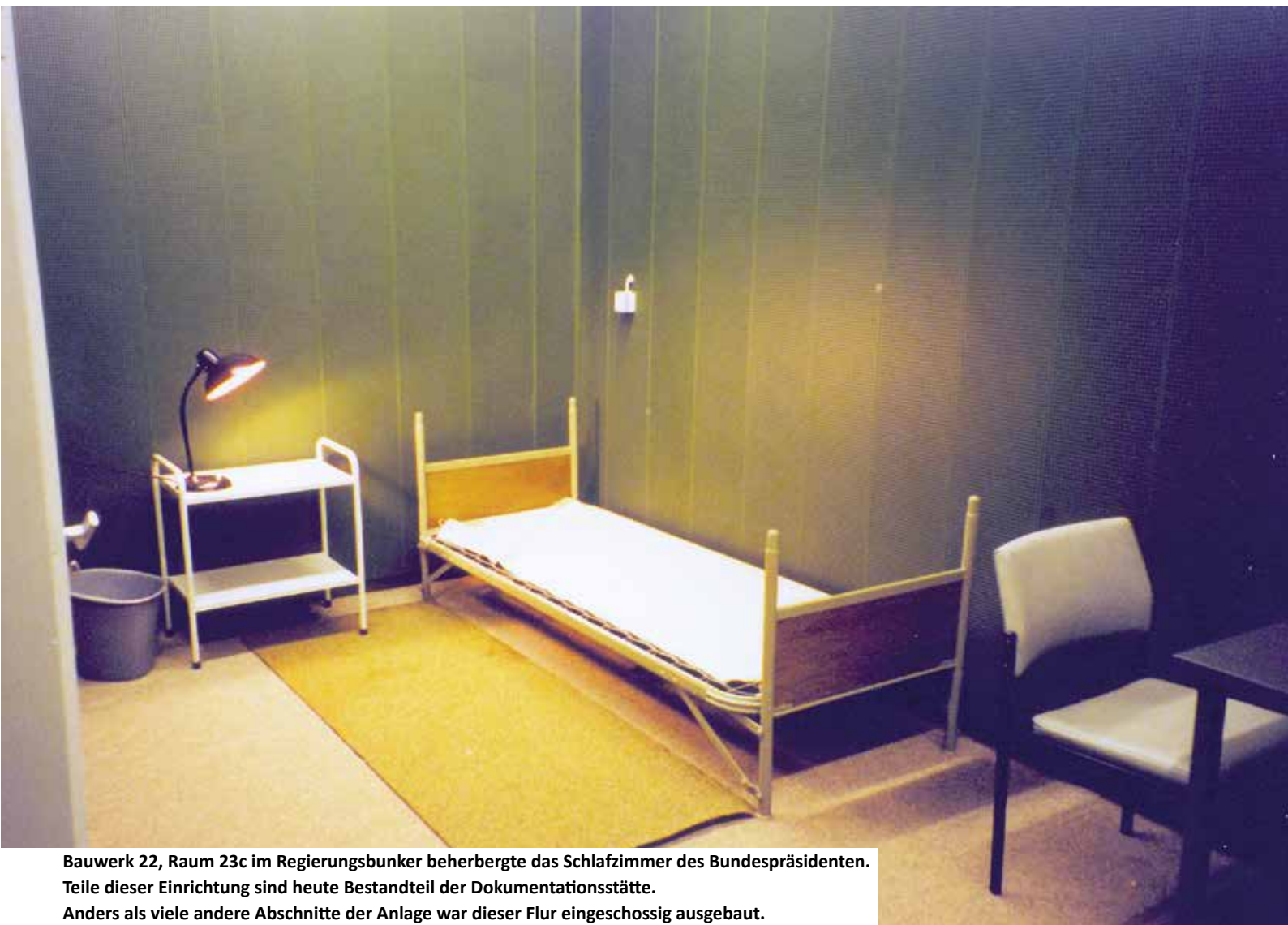
Wolfgang Altenburg verantwortete als deutscher Viersterne-General bei „Wintex 89“ den Vorsitz des NATO-Militärausschusses, der höchsten militärischen Ebene. In einem Interview mit „ausweichtz.de“ äußerte er 2014: „Mit anzunehmenden Handlungen im Kriegsfall hatten die WINTEX-Drehbücher nichts zu tun.“ Vielmehr stand die Erprobung von Konsultations- und Verfahrensprozessen im Mittelpunkt, was technische und organisatorische Fähigkeiten voraussetzte.

Die Funktionstüchtigkeit eines Netzwerkes, in das der Regierungsbunker eingeflochten war, dominierte demnach die militärische Sichtweise auf die NATO-Übungen Fallex, Wintex/Cimex. Die fehlerfreie Arbeit dieses Systems wurde mittels Nachrichten und Befehlen überprüft.

Für die Übungsteilnehmer aus der Politik stand der Wechsel vom „Normalzustand“ zum Verteidigungsfall im Fokus. Die staatsrechtlichen Leitplanken mussten den Einschlüssen einer schlingernden Bundesrepublik Deutschland standhalten und alles auf Kurs halten. Die Bonner Polit-Abordnung sah sich dabei gefordert als Steuermann, Maschinist, Kapitän.

Wie lange die Brücke durch die Politik besetzt sein sollte?

Bundesinnenminister Ernst Benda gab dazu bereits nach „Fallex 66“ eine ernüchternde Antwort: „Wir hatten die vom Gemeinsamen Ausschuss einzunehmende Rolle überprüft und das Weitere waren rein



**Bauwerk 22, Raum 23c im Regierungsbunker beherbergte das Schlafzimmer des Bundespräsidenten. Teile dieser Einrichtung sind heute Bestandteil der Dokumentationsstätte. Anders als viele andere Abschnitte der Anlage war dieser Flur eingeschossig ausgebaut.**

militärische Entscheidungen, an denen im Ernstfall der Gemeinsame Ausschuss auch nicht beteiligt sein würde.“ Diese Übungspraxis orientierte sich stark an der Schröder’schen Maxime: „Die Stunde der Not ist die Stunde der Exekutive“. Gerhard Schröder, Bundesinnenminister 1953 bis 61, hatte diese Rechnung allerdings ohne das Militär gemacht, was mit der deutschen NATO-Mitgliedschaft ab 1955 seine Kommandogewalt auch im deutschen Rechtsstaat unterbringen musste.

Für den Regierungsbunker ein schwieriger Spagat. Legislative, Exekutive und nationale wie internationale militärische Führung sollten parallel und miteinander funktionieren. Das Ernstfallszenario schlug sich dabei verräterisch auch in den Teilnehmerlisten der NATO-Übungen nieder: Die Volks- und Landesvertreter (Gemeinsamer Ausschuss) waren nach ihrem Testlauf 1966 nie wieder eingeladen.

Das „Mitbestimmungsrecht übungshalber“ war somit von vornherein verschlankt. Bundesregierung und Militär fochten bei elf Bunker-Übungen zwischen 1968 und 1989 eine Hackordnung aus, oftmals alles andere als harmonisch und staatsrechtlich geregelt. So übertrugen die Notstandsgesetze gemäß Artikel 115b den militärischen Oberbefehl auf den Bundeskanzler, doch das galt nur für die Bundeswehr. Diese war ihrerseits eingebunden in eine NATO-Struktur. Deren Befehlshaber saßen nicht im Ahr-Bunker.

Die Stunde der Not – es wäre die Stunde des Militärs gewesen. Ein Umstand, der Regierungsvertretern durch die NATO im Zweijahrestakt vorgeübt wurde. In den heißen Jahren des Kalten Krieges schickte die

Bonner Politik dafür ihre B- und C-Kader ins Ahrtal. 1968 übernahm ein Abteilungsleiter aus dem Innenministerium die Übungsleitung – eine deutliche Degradierung der militärischen Bemühungen, ihre Verfahren politisch zu etablieren. Später meuterten einige Bundespolitiker ganz. Oder teilweise – so mit der persönlichen Entscheidung, dem Bunker im Ernstfall fern zu bleiben.

Die durchs Ahrgebirge getriebene Schnittstelle aus ziviler und militärischer Führung konnte letztendlich noch nicht einmal übungshalber ihre volle Funktionstüchtigkeit nachweisen – und hat genau damit ein wichtiges wie kontroverses Kapitel bundesdeutscher Geschichte geschrieben.

Das Ernstfallverfahren beschrieb Bundeskanzler Helmut Schmidt 1979 für seine Person so: „Nach der ersten Atomexplosion in Deutschland befehle ich die Einstellung der Kampfhandlungen.“ Ob das für ein Ende des Krieges gereicht hätte, bezweifelte sogar er selbst.

*Ein herzlicher Dank geht an Meinhard Ade für seinen Beitrag! Leider kam ein Fototermin mit ihm im Regierungsbunker aufgrund der Corona-Auflagen nicht zustande und diesem Beitrag fehlt eine Abbildung seiner Person.*

**(16. April 2020)**



**Aufnahmestudio im Regierungsbunker. Von hier aus wären Ansprachen des Bundespräsidenten an die Bevölkerung übertragen worden. Bei Übungen ist das Studio nicht genutzt worden, die Technik der 1960er Jahre blieb bis zur Schließung 1997 stehen.**